

**13033/AB**  
Bundesministerium vom 14.02.2023 zu 13234/J (XXVII. GP)  
**bmj.gv.at**  
Justiz

Dr. <sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.896.997

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)13234/J-NR/2022

Wien, am 14. Februar 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Ries, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. Dezember 2022 unter der Nr. **13234/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schlepperwesen in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 10:**

- *Wie viele Anzeigen wegen Verwaltungsdelikten im Zusammenhang mit Schleppungen gab es bisher im Jahr 2022?*
- *Wurden dahingehend Ermittlungen eingeleitet?*
- *Wie viele Anzeigen wegen strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit Schleppungen gab es bisher im Jahr 2022?*
- *Wie viele Ermittlungen wurden aufgrund der Anzeigen von der Staatsanwaltschaft eingeleitet?*
- *Welche Staatsbürgerschaft haben die wegen Verwaltungsdelikten oder strafbaren Handlungen in Zusammenhang mit Schleppungen angezeigten angezeigten Personen? (bitte um detaillierte Aufschlüsselung nach Staatsbürgerschaft.)*
- *Bei wie vielen der angezeigten Personen, gegen die von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird, handelte es sich um Wiederholungstäterschaft?*

- *In wie vielen Fällen wurde die Untersuchungshaft verhängt?*
- *In wie vielen Fällen wurde Strafhaft verhängt?*
- *Wie oft kam es im Zusammenhang mit Schleppungen zur Konfiskation i.S.d. § 19a StGB im Zeitraum 2022?  
a. Wie hoch war der höchste Wert einer Konfiskation?*
- *Wie oft kam es im Zusammenhang mit Schleppungen zur Abschöpfung der Bereicherung i.S.d. § 20 StGB im Zeitraum 2022?  
a. Wie hoch war die höchste Summe in diesem Zusammenhang?*

Aus Anlass der Anfrage wurde eine Auswertung der verfügbaren elektronischen Register der Verfahrensautomation Justiz bei der Bundesrechenzentrum GmbH veranlasst. Soweit Daten ausgewertet werden konnten, sind die Ergebnisse in den Beilagen angeschlossen. Die Auswertungen beziehen sich auf den Tatbestand der „Schlepperei“ gemäß § 114 FPG. Statistische Daten zu einschlägigen verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen stehen nicht zur Verfügung und wären beim Herrn Bundesminister für Inneres anzufragen.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

